



VON RALF VON DER HEIDE

Wie machen wir unsere Städte intelligent?

Internationaler Städtekongress in Essen: Auf Einladung der Stiftung „Lebendige Stadt“ sind am 18. und 19. September 2014 mehr als 400 führende Vertreter aus Städten und Gemeinden im neuen ThyssenKrupp Quartier in Essen zusammengekommen, um Möglichkeiten und Chancen einer intelligenten Stadtentwicklung zu erörtern. Das Leitthema der 14. Stiftungskonferenz lautete: „Die intelligente Stadt: Energie, Mobilität, Verwaltung“.

Über die Hälfte der Erdbevölkerung lebt inzwischen in Städten. Prognosen zufolge wird sich der Anteil bis 2030 sogar auf zwei Drittel erhöhen. Dieses Wachstum stellt die Städte vor gewaltige Herausforderungen: Wie schaffen Städte in Zukunft beispielsweise eine nachhaltige und effiziente Energieversorgung, die sicher und bezahlbar ist? Wie lässt sich der Verkehr reduzieren, ohne die Mobilität einzuschränken? Und wie werden Stadtverwaltungen leistungsfähiger, ohne ein Datensicherheitsrisiko zu sein? Mit diesen zentralen Fragen befassten sich die Referenten und Teilnehmer des Essener Stiftungskongresses.

„Es ist gute Tradition, dass wir unsere Kongresse an besonderen Orten veranstalten“, sagte Dr. Andreas Mattner, Vorstandsvorsitzender der „Lebendigen Stadt“, der als Moderator durch das Kongressprogramm führte. Mit dem ThyssenKrupp Quartier habe die Stiftung die perfekte Location für die diesjährige Städtekonferenz gefunden. Das ThyssenKrupp Quartier verkörpere auf ideale Weise das Kongressthema: „Es stimuliert Bewegung, fördert den Austausch von Wissen und zeigt Möglichkeiten für den Einsatz innovativer Technologien“, so Mattner. Darüber hinaus setze das Quartier voll auf Nachhaltigkeit.

„Essen kann Strukturwandel“, lobte Oberbürgermeister Reinhard Paß zum Konferenzauftakt den vollzogenen Übergang seiner Stadt von der Montan- zur erfolgreichen Wirtschaftsmetropole. Essen sei aber nicht nur Deutschlands heimliche Konzernhauptstadt, sondern auch die drittgrünste Großstadt bundesweit – dies auch dank des Krupp-Parks, der von der Stiftung „Lebendige Stadt“ geför-

dert wurde. Mit der Strategie „Essen 2030“ wolle man gute Wohn- und Freizeitbedingungen in der Stadt schaffen, um das „leichte Bevölkerungswachstum“ der vergangenen Jahre auch weiter fortschreiben zu können.

„Bestandsschutz für Urbanität gibt es nicht, daran muss jeden Tag gearbeitet werden“, betonte Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“, in seiner Begrüßungsansprache. Vor dem Hintergrund der zunehmenden digitalen Vernetzung stelle sich die Frage, was das Internet mit unseren Städten mache. Ziel müsse es sein, die sich bietenden Chancen intelligent zu nutzen, um so eine höhere Lebensqualität zu ermöglichen.

Die Städte von morgen würden nirgendwo auf der grünen Wiese entstehen, sondern „wir finden bebaute Geschichte vor“, sagte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert in seinem Impulsreferat. Nach Lammerts Einschätzung werde die Stadt in zwanzig oder dreißig Jahren deshalb auch nicht so viel anders sein als heute. Zur Bürgerbeteiligung sagte Lammert, sie sei vorschnell zum Patentrezept hochgejubelt worden. In den letzten zehn Jahren habe es in Deutschland über 6.000 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gegeben. Jedoch sei die Wahlbeteiligung bei den Begehren niedrig. So hätten weit über drei Viertel der Begehren nicht zum Entscheid geführt. Lammert sprach in diesem Zusammenhang von einer „Vorgarten-Demokratie“, in der Interesse nur durch Betroffenheit entstehe.

Energieeffizienz durch Intelligenz

Den ersten Konferenzblock zum Thema „Energie“ eröffnete EU-Kommissar Günther Oettinger. Europa sei der Kontinent mit dem höchsten Energieverbrauch und sei größter Energieimporteur. Ziel sei es, bis 2020 eine um 20 Prozent höhere Energieeffizienz zu erreichen. Dabei komme dem Gebäudebestand in den Städten eine besondere Rolle zu. Die Sanierung von Privatgebäuden müsse daher von der Einkommenssteuer absetzbar werden, forderte Oettinger.

Um Finanzmittel für die notwendigen Investitionen in Energieeffizienz zu generieren, hat der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) e.V. das Konzept der Zukunftsfonds entwickelt. Die Idee: „Bürger zahlen in einen Zukunftsfonds und erhalten dafür eine attraktive Verzinsung“, erklärte Herbert Köpnick, Leiter des Pilotprojekts Regionale EnergieEffizienzGenossenschaften beim B.A.U.M. e.V. Die Fondsgelder würden dann in Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen, kommunalen Einrichtungen und Privathaushalten investiert, so Köpnick.

Einen besonderen Blickwinkel auf die Energiewende vermittelte Sascha Froemming, Manager für Sustainability der ThyssenKrupp Elevator AG – einem der weltweit größten Aufzugsunternehmen.

Froemming zufolge könnten in Deutschland bis zu 60 Prozent der Energie für Aufzüge eingespart werden – zum Beispiel, indem sie intelligent zum Nutzer gebracht würden oder sogar als Energiegeneratoren arbeiteten.

Auch das Unternehmen Philips beschäftigt sich seit vielen Jahren in besonderer Weise mit dem Thema Energieeffizienz. Allein bei der Straßenbeleuchtung ließen sich durch den Einsatz von LED-Beleuchtung bis zu 80 Prozent der Stromkosten einsparen, sagte Roger Karner, Geschäftsführer Philips Lighting. Und mit gesteuerter LED-Beleuchtung seien sogar noch einmal weitere bis zu 20 Prozent Einsparpotenzial möglich.

Intelligente Netze – Smart Grid: Wie schaffen Städte die Energiewende? Unter dieser Fragestellung diskutierten zum Abschluss des ersten Themenblocks Magdeburgs Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper und Dr. Ingo Luge, Vorsitzender der Geschäftsführung von E.ON Deutschland. Moderiert wurde das Gespräch von der Bundestagsabgeordneten Dr. Herlind Gundelach. Laut Luge gibt es derzeit über 400.000 erneuerbare Anlagen im Netz. Daher sei es unumgänglich, die Verteilnetze auszubauen, was ohne erhebliche Investitionen aber nicht möglich sei. Einen anderen Ansatz zum Thema Netzausbau brachte Oberbürgermeister Trümper ins Gespräch: Er schlug vor, Betriebe in Zukunft dorthin zu legen, wo die Energie sei.

Mobilität der Zukunft

Den zweiten Konferenzblock zum Thema „Mobilität“ eröffnete Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau, der in seinem Impulsreferat der Frage nachging, wie die Mobilität der Zukunft aussehen könnte. Seiner Einschätzung nach seien zwei Entwicklungen maßgeblich: die technologische Revolution und die Endlichkeit der Ressourcen. „Das Auto scheitert an sich selbst“, sagte Sierau. In Dortmund gebe es deshalb ein Mobilitätsmanagement in der Stadtplanung. Dabei sei ein gutes ÖPNV-Netz die Basis. Dazu kämen ein Fahrgemeinschaftsportal (pendlerportal.de), Carsharing, das Teilen des Fahrrads sowie derzeit 170 Ladepunkte für Elektroautos. „Mobilität muss auf Vielfalt setzen“, forderte Sierau einen intelligenten Mobilitätsmix.

„Die Mobilität ist der Schlüsselfaktor für städtische Wettbewerbsfähigkeit, Lebensqualität und Umweltschutz“, sagte Manfred Fugh, Leiter der Siemens-Sparte „Mobility and Logistics“ in Nordrhein-Westfalen. Fugh sieht bei der Mobilität vor allem ein Umsetzungsproblem. Notwendig sei ein Wandel von der „Mobilität 1.0“ zu mehr Intelligenz und Integration. Als einen Erfolgsfaktor nannte der Siemens-Manager eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Städten und Mobilitätsanbietern.

Im Januar dieses Jahres waren laut Krafftfahrtbundesamt weniger als 15.000 Elektrofahrzeuge zugelassen. Wie kann vor diesem Hintergrund das ehrgeizige Ziel der Bundesregierung von einer Million zugelassener Elektroautos bis 2020 erreicht werden? Dazu diskutierten in einem Podiumsgespräch Freiburgs Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, der designierte VW-Nutzfahrzeuge-Vorstand Andreas Renschler und Prof. Dr. Carsten Gertz von der TU Hamburg-Harburg. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Essens Stadtdirektor Hans-Jürgen Best.

Oberbürgermeister Salomon sieht bei der E-Mobilität vor allem das Problem der Energiespeicherung. Hier seien die Lösungen alle noch nicht so ausgereift, wie man sie brauche. Außerdem wies er auf die hohen Anschaffungskosten von E-Autos hin. VW-Manager Renschler stellte sogar die grundsätzliche Frage, ob Elektrofahrzeuge für die Stadt geeignet seien, da sie im Nahverkehr nicht wirtschaftlich betrieben werden könnten und sich das Verkehrsaufkommen mit ihnen nicht verringere. Professor Gertz regte eine private Ladestation-Infrastruktur an. So solle etwa bei Wohnungsneubauten diese Frage integriert werden, forderte Gertz.

Was können wir lernen von...?

Ein wichtiges Ziel der Stiftung „Lebendige Stadt“ ist es, vorbildliche Projekte vorzustellen, die dazu beitragen, die Lebensqualität in den Städten nachhaltig zu verbessern. So wurden auf dem Essener Kongress unter dem Motto „Was können wir lernen von...?“ Best-Practice-Beispiele aus Finnland und China sowie aus Andernach und Köln präsentiert.

Den Auftakt machte Anna-Kaisa Ikonen, Oberbürgermeisterin von Tampere. Die drittgrößte Stadt Finnlands befinde sich mitten in einem Prozess des Strukturwandels – von der Industriemetropole hin zur nachhaltigen, energieeffizienten und intelligenten Stadt mit modernen High-Tech-Unternehmen. Bei dieser Neupositionierung setzte Tampere auf digitale Vernetzung und Bürgerbeteiligung, so die Oberbürgermeisterin.

Ein Best-Practice-Projekt aus China präsentierte Stephan Kohler, Chef der Deutschen Energie-Agentur (dena). Mit dem Projekt „Eco-Cities“ entwickelt die dena Standards für CO₂-arme Städte in China. Diese Standards beruhen Kohler zufolge auf Know-how aus Deutschland und werden in konkreten Projekten in China angewendet.

Um Bürgerbeteiligung bei der Grüngestaltung geht es bei dem Konzept „Die essbare Stadt“, das der Oberbürgermeister von Andernach, Achim Hütten, vorstellte. In der rheinland-pfälzischen Kommune entstehen seit 2010 auf öffentlichen Grünflächen Obst- und Gemüsebeete. Die Bürger packen bei der Pflege mit an und dürfen auch ernten. Mit dieser Idee, die durch ihre Einfachheit

besticht, gewann Andernach im vorigen Jahr den Bundeswettbewerb „Lebenswerte Stadt“, zu dem die Stiftung „Lebendige Stadt“ gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe aufgerufen hatte.

„Smart City Cologne“ – so lautet der Titel der Nachhaltigkeitsstrategie, die Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters den Konferenzteilnehmern erläuterte. Dabei handele es sich um eine Plattform für unterschiedliche Projekte zum Klimaschutz und zur Energiewende. Mitmachen könne jeder: Privatleute, Unternehmen, Verbände und Initiativen. „Gemeinsam werden intelligente Ideen und zukunftsweisende Technologien entwickelt, die Köln noch ein bisschen lebenswerter machen“, so Roters.

Nächste Ausfahrt: Zukunft

Mit seinem Vortrag „Nächste Ausfahrt: Zukunft“ richtete der Wissenschaftsjournalist und Physiker Ranga Yogeshwar zum Abschluss des ersten Konferenztages einen ganz besonderen Blick auf das Themenspektrum „Intelligente Stadt“. Seine These: Durch Daten und Informationen verändere sich die Sicht auf unsere Städte. Online werde immer wichtiger. „Google prägt unsere Städte“, so Yogeshwar. Gleichzeitig nehme das Miteinander immer mehr Fahrt auf: Carsharing, Verleih-Apps – das Teilen werde ein interessantes Konzept. Gute Ideen seien gefragt. Der Stadtrat tagt und verordnet – dieses Prinzip ist nach Yogeshwars Einschätzung ein Auslaufmodell. Transparenz und Bürgerbeteiligung seien für die Zukunft wichtig, um die Menschen und deren Kreativität mitzunehmen.

Intelligente und vernetzte Verwaltungen

Den Schwerpunkt des zweiten Konferenztages bildete das Thema „Verwaltung“. Gerade angesichts der rasant fortschreitenden Digitalisierung stehen auch die Stadtverwaltungen vor großen Herausforderungen. Vernetzt und intelligent sollen sie sein. Aber welche Antworten kann IT auf den gesellschaftlichen Wandel geben? Was darf eine intelligente Verwaltung kosten? Wie viel Vernetzung braucht eine Stadt und wie viel ist erlaubt? Diese und weitere Fragen bestimmten den abschließenden Themenblock des Kongresses.

Einen ersten Impuls gab Prof. Dr. Christoph Bieber von der NRW School of Governance mit seinem Referat „Quo vadis, E-Government?“ Die Idee des E-Governments als digitale Verwaltungsmodernisierung, so Bieber, habe sich in den vergangenen Jahren weiterentwickelt zum Konzept des „Open Government“. Hierbei gehe es zur Herstellung von Transparenz darum, die Daten aus der Verwaltung offenzulegen und die Verwaltungskommunikation zu öffnen. Aber die Digitalisierung verändert nach Biebers Einschätzung nicht allein die politischen Räume, sondern auch die Stadt-

räume. Bieber sprach in diesem Zusammenhang von einer Virtualisierung des Urbanen. Deshalb sollten lebendige und intelligente Städte im Sinne einer „elektronischen Demokratie“ in jedem Fall darauf achten, dass bei der Digitalisierung „Räume der Partizipation entstehen“, forderte Bieber.

Bürger und Verwaltung per Video zusammenbringen – das ist die Idee der mobilen „Bürgerbüros“, die die Firma Cisco entwickelt hat. Cisco-Manager Markus Wissmann stellte das Konzept in Essen vor. Die Kabine ermögliche es den Bürgern, Kontakt zu Behörden aufzunehmen, Dokumente zu empfangen und zu verschicken und Videokommunikation zu nutzen. Im dänischen Guldborgsund und in Nizza seien die Bürgerbüros bereits erfolgreich im Einsatz.

Technische Innovationen sind also vorhanden. Angesichts der angespannten Haushaltslage in vielen Kommunen stellt sich jedoch die Frage, was eine intelligente Verwaltung kosten darf. In einem Podiumsgespräch, geleitet vom ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Dr. h.c. Peter Harry Carstensen, diskutierten zu diesem Thema Dr. Eva Lohse, Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen und Vizepräsidentin des Deutschen Städtetags, und Reiner Holznagel, Präsident des Bundes Deutscher Steuerzahler.

Oberbürgermeisterin Lohse sieht die Kommunen dauerhaft unter Kostendruck. Deshalb würden die Kosten für die Digitalisierung der Verwaltung immer in Konkurrenz zu anderen Ausgaben stehen. Dennoch bemühe man sich in der Metropolregion Rhein-Neckar als Modellregion für E-Government viele Innovationen umzusetzen, sagte Lohse. Der Präsident des Steuerzahlerbundes verwies darauf, dass die Verwaltungsprozesse effizienter organisiert werden müssten. „Es gibt kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem“, sagte Holznagel. Er befürchte, dass die Chancen des E-Governments nicht dazu führen werden, Steuergelder zu sparen.

In einer zweiten Podiumsrunde, moderiert vom ehemaligen Kölner Oberbürgermeister Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma, diskutierten die Bremer Datenschutzbeauftragte Dr. Imke Sommer und Prof. Dr. Ina Schieferdecker vom Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme darüber, wie das technisch Mögliche mit dem Datenschutz in Einklang zu bringen ist.

Die Informationsfreiheit gebe allen Bürgern ein Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen, stellte Sommer klar. Datenschutz gelte nur für personenbezogene Daten. „Wenn es gelingt, Daten zu anonymisieren, kann man damit alles machen“, so die Datenschutzbeauftragte. Mit Blick auf den boomenden „Smart-City-Markt“ warnte Sommer jedoch: „Wir brauchen Transparenz, aber nicht Getriebene von Geschäftsmodellen.“ Eine Weiterentwicklung der digitalen Selbstbestimmung forderte Professorin Schieferdecker. Da jede Information immer zugleich auch eine Interpretation sei, müsse genau nachgefragt werden, woher sie komme.

Eine Vorreiterrolle beim E-Government nimmt Estland ein. So arbeitet die estnische Regierung komplett papierlos. Kabinettsitzungen werden online abgehalten. Sogar Wahlen finden online statt. Wie die digitale Verwaltung in seiner Stadt funktioniert, erklärte der Oberbürgermeister von Tartu, Urmas Klaas. In der zweitgrößten Stadt Estlands kommuniziere ein Großteil der Einwohner mit ihrer Stadtverwaltung auf elektronischem Weg. Allerdings sei es sehr wichtig, immer auch an jene Bürger zu denken, die nicht online seien. Durch die Digitalisierung würden neue Netzwerke und Millionen neuer Ideen entstehen – beispielsweise im Dienstleistungssektor, so Klaas.

Zum Abschluss des Essener Kongresses unterstrich Hamburgs Oberbaudirektor Prof. Jörn Walter, dass die ökonomische Wertschöpfungskette der Informations- und Kommunikationstechnologie „Chancen für uns alle“ mit sich bringe. So zeichnete Walter eine „positive Perspektive für das System Stadt“. Der Umbau zu umweltgerechten Städten könne zu mehr Lebensqualität und mehr Teilhabe am Wohlstand führen. Auch bei Beteiligungsverfahren sei die digitale Vernetzung hilfreich. In der kleinteilig organisierten europäischen Stadt würden sich darüber hinaus auch bei der Mobilität neue Chancen ergeben. Um mobil zu sein, müsse man beispielsweise kein Auto mehr besitzen. Zentralität und Dichte werden nach Walters Einschätzung in der Stadt von morgen eine noch bedeutendere Rolle spielen, genauso wie eine Zunahme der Mischung von Wohnen, Arbeiten, Handel und Freizeit.

Eine Eiche für den Krupp-Park

Am Vorabend der Städtekonferenz wurde aus Anlass des fünften Geburtstags des Essener Krupp-Parks eine 30 Jahre alte Eiche gepflanzt. Als Förderin der Parkgestaltung lud die Stiftung „Lebendige Stadt“ die Kongressteilnehmer ein, sich ein Bild vom Krupp-Park zu machen – als eines der größten innerstädtischen Revitalisierungsprojekte Deutschlands und als erfolgreiches Beispiel für gelungenen Strukturwandel. Die Baumpflanzung zum Parkjubiläum wurde vorgenommen von Michael Groschek, Minister für Bauen Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr in Nordrhein-Westfalen, Essens Oberbürgermeister Reinhard Paß, ThyssenKrupp-Vorstand Oliver Burkhard, Landschaftsarchitekt Dr. Andreas Kipar, Baumschulen-Geschäftsführer Bernhard von Ehren und Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“.

Der nächste Kongress der Stiftung „Lebendige Stadt“ findet am 16. und 17. September 2015 in Berlin statt und steht unter dem Motto „Die elektromobile Stadt“. Weitere Informationen und Bilder zum Essener Stiftungskongress „Die intelligente Stadt“ gibt es im Internet unter www.lebendige-stadt.de.